

Der Kampf um die Waldorfschule im Nationalsozialismus

Norbert Deuchert*

Das ideologische Muster, welches das Verhalten des nationalsozialistischen Staates gegenüber Waldorfschulen und Anthroposophen maßgeblich bestimmte, wurde bereits zu Beginn der zwanziger Jahre, in den ersten Anfängen des Nationalsozialismus, erkennbar. Durch die Dreigliederungsbewegung und die Eröffnung der ersten Waldorfschule 1919 gingen von Rudolf Steiner soziale und pädagogische Anstöße aus, die sich zeitweilig zu einer kulturprägenden Strömung auszuweiten schienen. Frühe Nationalsozialisten und deutsch-völkische Kreise schenkten ihr auffallende Beachtung. Der frühe Mentor Hitlers, Dietrich Eckart, nahm die Ansprache Steiners zur Eröffnung der Waldorfschule am 7. September 1919, der ersten deutschen Einheitsschule, zum Anlaß heftiger Angriffe. Er erklärte Steiners Wirksamkeit für eine Anmaßung, die ihm nicht zukomme (*Auf gut Deutsch*, Heft 42, 1919). Andere hielten die von Steiner ausgehende Wirkung für eine gefährliche „Verwirrung“, noch gefährlicher als „jüdische Brandreden“, denn eine durchgeführte soziale Dreigliederung, die nur das „Kuckucksei des Weltfreimaurertums“ sein könne, wirke „staatszerstörend“ und sei „kommunistisch“ (*Deutsch-völkische Blätter*, 06.01.1922; vgl. „Pro und Contra“, S.76 ff.).

Dieses ideologische Muster kehrte nach 1933 wieder und bestimmte grundlegend die Maßnahmen gegenüber Waldorfschulen. Anthroposophen, wiewohl eine zahlenmäßig verschwindende Minderheit, nahmen in dem von irrationalen Ängsten besetzten Weltbild des Nationalsozialismus die Stelle ein, wo die „Weltverschwörung“, die von Juden, Freimaurern und anderen weltanschaulichen Gegnern ausginge, angesiedelt war. Hitler selbst entschied 1937 (siehe Wiedergabe des Bormann-Briefes), daß Anthroposophen weder in der Partei noch in der Wehrmacht eine maßgebliche Stellung bekleiden dürften, sie seien vielmehr „wie Logenangehörige“ (Freimaurer) zu behandeln. „Sie sind noch gefährlicher als Logenangehörige, weil sie mit ihren Ideen viel mehr Leute anstecken“ (Bundesarchiv, B 1, 58012 vom 31.07.1937). Eine ähnliche Einschätzung anthroposophischer Wirksamkeit nahm auch der Sicherheitsdienst der SS in einem geheimen Lagebericht vom Juni 1936 vor. Die Anthroposophie wird darin als eine Weltanschauung charakterisiert, die „in verhängnisvoller Weise allen anti-völkischen, antinationalen, überstaatlichen, pazifistischen und insbesondere jüdischen Einflüssen offen gestanden“ habe, also völlig undeutsch sei (Bundesarchiv R 58/64, fol 1-52). Das Feld jedoch, auf dem Anthroposophen „ihr zersetzendes Gedankengut am unbemerktesten, aber wirksamsten verbreiten (könnten)“, stellt der Bericht fest, „ist die Pädagogik“. Alle vorhandenen Vorurteile über Waldorfpädagogik zusammenfassend - in dem auch die „verweichlichende Erziehung“ (Stricken von Kaffeewärmern im Unterricht) nicht fehlen durfte -, kommt der Bericht zum Ergebnis: Waldorfpädagogik kenne keine verpflichtenden Bindungen, „weder Rasse, noch Volk, noch Staat, noch sonst was“. Untragbar sei insbesondere, daß im Geschichts-

*Zur Erstveröffentlichung siehe die Anmerkung zum vorangehenden Artikel.

Geheim

NSDAP
1939
Stellv. d. Führers
Stabsleiter

München, den 31. Juli

III/06-La
2445/9/2
2272 g.A.

An den
Beauftragten ...
z. Hd. Herrn Kerksiek o.V.
...

Betrifft: Rudolf Steiner

Herr von *Wistinghausen* hatte sich an den Führer gewandt mit der Bitte um Entscheidung, ob seine Ablehnung als Offizier des Beurlaubtenstandes wegen Zugehörigkeit zur Anthroposophischen Gesellschaft zu Recht erfolgt sei. Herr Hauptmann von Below hat diese Frage dem Führer vorgetragen. Bei dieser Gelegenheit hat der Führer entschieden: Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft sind wie Logenangehörige zu behandeln. Sie sind noch gefährlicher als Logenangehörige, weil sie mit ihren Ideen viel mehr Leute anstecken. Wenn ein Straßenkehrer Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft gewesen sei, dann spiele das auch heute keine Rolle; in der Partei oder in der Wehrmacht wolle der Führer dagegen frühere Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft nicht haben. Ich gebe Ihnen diese Entscheidung des Führers zur Kenntnis und bitte Sie, mir mitzuteilen, ob Sie das seinerzeit von Professor Bäumler erstattete Gutachten über „Rudolf Steiner und die Philosophie“ aufrechterhalten.

Heil Hitler!
gez. Bormann.

Der Brief des Leiters der Reichskanzlei, Martin Bormann, gibt die Meinung Hitlers über Anthroposophen wieder: diese seien noch gefährlicher als Freimaurer, weil sie „viel mehr Leute anstecken“. Sie dürften weder in der Wehrmacht noch in der Partei führende Stellen bekleiden. Bormann, der Vertreter einer harten Linie, wollte damit das Amt Rosenberg zur Rücknahme eines Gutachtens zwingen, in dem Prof. Bäumler positive Züge an Steiners Philosophie entdeckt hatte.

(Quelle: Bundesarchiv Koblenz B1/58012; Abschrift)

unterrichtet nur „Menschheitsgeschichte“, nicht aber „Volksgeschichte“ betrieben werde und die „Rasse-Idee“ völlig abgelehnt würde.

Die Waldorfschulbewegung sah sich in der Zeit der Diktatur auf die Existenz einer kulturellen und weltanschaulichen Minderheit beschränkt, deren Weltverständnis mit einem ungeistigen, rassistischen Ideenkonglomerat unvereinbar war.

Im Zentrum der Schulbewegung, in Stuttgart, bildete sich um die Waldorfschule,

wie es in einem Überwachungsbericht hieß, „ein Ort des passiven Widerstands“, in dem „sehr viel getarnte Gegner der Bewegung“ Unterschlupf gefunden hätten (siehe den vorangehenden Artikel). Der Waldorfschulverein, obgleich noch zugelassen, wurde regelmäßig überwacht. In der bayerischen Rheinpfalz wurden Zusammenkünfte von Ortsgruppen verboten und Mitglieder verhört (WS-Archiv 11, 06.06.1936). In Stuttgart mußte auf Intervention der Gestapo eine jüdische Teilnehmerin (Frau Lehrs) von Zusammenkünften der Ortsgruppe ausgeschlossen und die Leiterin vom Vorstand des Waldorfschulvereins ihrer Aufgabe enthoben werden (WS-Archiv 15, 07./08.03.1940). Die Waldorfschule wurde von der örtlichen Parteipresse diffamiert (vgl. vorangehenden Artikel). Die Schriften Steiners, 1935 auf der „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ erfaßt, wurden bei Durchsuchungen von Institutionen und Privathäusern häufig beschlagnahmt.

Das alltägliche Leben im Nationalsozialismus brachte für Mitglieder der Schulbewegung und Anthroposophen vielfach Diskriminierung und Gefährdung, es zwang zur dauernden Abwehr auf immer enger werdendem Raum. Es war nicht zuletzt ein „Kampf um die Waldorfschule“, wie die Aufschriften des Waldorfschul-Archivs aus dieser Zeit lauten.

Von der ideologisch harten Linie wurden auch die Maßnahmen gegen anthroposophische Institutionen bestimmt: das Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland am 15. November 1935; die 1934 erstmals versuchte und 1938 schließlich durchgeführte Schließung der Stuttgarter Schule, der die meisten anderen Schulen im selben Jahr durch Selbstauflösung folgten. Die Schule in Hannover wurde 1939, die in Hamburg-Wandsbek 1940 geschlossen. Die letzte noch bestehende Schule in Dresden wurde aufgrund des Reichserlasses vom 4. Juni 1941, dem sogenannten „Sondererlaß Heß“ („Gegen Geheimlehren und sogenannte Geheimwissenschaften“), geschlossen, ebenso die Einrichtungen der Christengemeinschaft und der biologisch-dynamischen Landwirtschaft. In den besetzten Niederlanden wurde aufgrund des Reichsbefehls im Juli 1941 die Schule Den Haag aufgelöst. Die subjektive Erfahrung vieler, die innerhalb der Waldorfschulbewegung die Zeit des Nationalsozialismus erlebten, spiegelt diese objektiven Unterdrückungsmaßnahmen wider. Dennoch ist damit das Bild der Waldorfschulen im Nationalsozialismus noch nicht vollständig beschrieben. Neben der generellen „harten“ Linie des NS-Staates, bestand noch jene scheinbar tolerierende, „weiche“, für die Schulbewegung wohl nicht weniger gefährliche Nebenlinie, welche mit dem Namen Rudolf Heß verknüpft ist. Ihre Kenntnis blieb auf wenige Personen beschränkt.

Die Waldorfschulbewegung lebte in einer paradoxen Situation. Wenn nach den Erinnerungen Dr. Gustav Spiegels, eines erklärten Gegners jeden Kompromisses mit dem Nationalsozialismus, die Berliner Rudolf Steiner-Schule - wie andere Schulen auch - bis zum Jahre 1936/37 „wie auf einer Insel“ ungehindert Waldorfpädagogik durchführen konnte, dann verdankte sie es gerade dieser paradoxen Situation, daß Unterhändler der Waldorfschulen die „weichen“ Stellen im NS-System aufspürten, mit oft hohem persönlichen Einsatz für die Erhaltung der Schulen kämpften, ohne sich doch - als Folge des fast freundschaftlichen Umgangs mit Vertretern der NS-Ideologie - den Angeboten des Systems ganz entziehen zu können.

In der Frage, wieweit die Kollegien der Schulen und der Waldorfschulverein dieser

Wanderung auf schmalen Grate folgen sollten und durften, wird ein weiterer Aspekt des „Kampfes um die Waldorfschule“ sichtbar. Es war nicht nur ein äußerer, sondern auch innerer Kampf, der um die Einschätzung des wirklichen Charakters des NS-Systems, um die Erhaltung der Substanz der Pädagogik und um eine verantwortbare Haltung gegenüber den Kindern geführt wurde, die vor einer unseligen NS-Pädagogik so lange als möglich bewahrt werden sollten.

Die Waldorfschule nach 1933: Drohendes Verbot und Protektion durch Rudolf Heß

Es dürfte nicht ausreichen, die Entstehung des Nationalsozialismus allein aus einer politischen und wirtschaftlichen Notsituation zu erklären, ohne jenes tiefgreifende Krisengefühl zu berücksichtigen, das etwa seit dem Beginn des Jahrhunderts spürbar wurde. Nach dem verlorenen Weltkrieg nahm es in Deutschland eine Dimension politischer Verzweiflung an und wurde schließlich in den zwanziger Jahren zu einem massenhaften Phänomen.

Dieses Krisengefühl war bestimmend für soziale und kulturelle Reform- und Protestbewegungen, wie die Jugendbewegung und die Lebensreformbewegung (Linse, Schulze, Hepp). Diese waren ein Protest gegen die „kalte“ Welt technischer Zweckrationalität, gegen einen zweifelhaften Fortschritt, den Naturwissenschaft und Industrialisierung, also die „moderne Welt“, gebracht hatten.

War diese moderne Welt, die einen ungeheuren Zuwachs an individueller Freiheit und Selbstbestimmung gebracht hatte, an der Misere der Gegenwart schuld? Mußte man zurück in eine (scheinbar) heile Welt der Vorväter, ja noch weiter, zu alten Volks- und Blutgemeinschaften? Die Angst vor der Freiheit führte rückwärts, der Mut zur Freiheit konnte vorwärts führen, ohne daß bereits ihr Weg sichtbar wurde.

Unverkennbar hatte der technische Fortschritt aber auch Zerstörungen gebracht. Besonders die Lebensreformbewegung der zwanziger Jahre reagierte darauf mit der Suche nach einem neuen Verständnis des Lebendigen, mit der Wiederentdeckung der Natur. Doch der anderen Seite der Neuzeit, der (politischen) Freiheit gegenüber war die Lebensreformbewegung indifferent und zwiespältig. Dem Nationalsozialismus fiel es daher leicht, Teile der Lebensreformbewegung durch einen Kult der Natur, durch die Ideologie von „Blut und Boden“ an sich zu binden und aufzusaugen.

Man kann den Nationalsozialismus auch als eine Antwort auf den Zwiespalt der modernen Welt verstehen. Doch er war nicht *nur* rückwärtsgerichtet und atavistisch. Er verstand es auch, höchst modern, technische Rationalität zu entfesseln und diese, ohne Dazwischentreten moralischer Hemmungen, gerade für seine irrationalen Zwecke einzusetzen (vgl. Schoenbaum).

Das Werk Steiners ist vielfach auch eine Antwort auf die Krise der modernen Welt. Doch im Gegensatz zu regressiven, antimodernistischen Zeitgenossen, Lebensreformern und nicht wenigen seiner Anhänger, bejahte Steiner prinzipiell Modernität als Fortschritt zu Freiheit und Individualität.

In einem Vortrag am 26. Oktober 1917, mitten in einer Zeit historischen Umbruchs, sprach Steiner über seine Wahrnehmung geschichtlich wirksamer Kräfte. Er sah einen gewaltigen Kampf der Geister in der Gegenwart. Die „Geister des Lichts“ haben nach

Steiner die Absicht, vor allem „jetzt den Menschen zu inspirieren, um freie Ideen, Empfindungen, Impulse der Freiheit zu entwickeln“. Doch stünden diese Absichten in einem Kampf mit den „Geistern der Finsternis“, welche geschichtlich abgelebte, „alte Impulse, die sich auf Rassen-, Stammes- und Volkszusammenhängen, auf das Blut gründen“, in die neue Zeit hineinbringen wollen. „Durch nichts wird sich die Menschheit mehr in den Niedergang hineinbringen, als wenn sich Rassen-, Volks- und Blutsideale fortpflanzen“, so warnte Steiner (GA 177, S.204 f.; Erstveröffentlichung Dornach 1935).

Der NS-Staat, der nach außen wie eine durch Verführung und Terror zusammengehaltene Einheit erschien, besaß nach innen, unterhalb der diktatorischen Ebene des „Führers“, eine zerklüftete, polykratische Machtstruktur. Unter der Oberfläche trugen Parteihierarchie und Staatsbürokratie verborgene Machtkämpfe aus. Den persönlichen Vorlieben und Schwächen von NS-Machthabern kam eine nicht geringe Hebelwirkung zu. Wurden diese auf geeignete Weise angesprochen, konnten sie im totalitären System jene Nischen eröffnen lassen, in denen auch eine Minderheit wie die Waldorfschulen vorübergehend toleriert werden konnten. Die Umstände und Motive, wie die Waldorfschulen die Protektion von Heß erlangten, sind charakteristisch für den Überlebenskampf in einer Diktatur, sie tragen zugleich zeittypische und skurrile Züge.

In Rudolf Heß (1894-1987) verkörperte sich die Pathologie des Nationalsozialismus auf eine eigentümliche Weise (Westrich, S.155 ff.; Fest, 1986, S.257-270). Seit der scheue, introvertierte, an einem Vaterkomplex leidende, junge Heß im Januar 1920 in München erstmals Hitler hatte reden hören, war er ihm auf gleichsam magische Weise verfallen. Bei den Parteitagungen durfte Heß mit der bekannten Geste der Hingabe und Inbrunst den „Führer“ ankündigen. Heß, zuerst Privatsekretär Hitlers, ab 1933 „Stellvertreter des Führers“ in der NSDAP und Reichsminister, schließlich ab 1939 zweiter Nachfolger Hitlers (nach Göring), unterschied sich doch deutlich von anderen NS-Führern. Er besaß weder das demagogische Talent, die taktische Gerissenheit und Brutalität, noch einen vergleichbaren Machthunger, wodurch diese sich auszeichneten. Wegen seiner unbestrittenen persönlichen Integrität zog er Kreise an, die einem brutalen Nationalsozialismus distanziert gegenüberstanden. Heß' Vertrauenswürdigkeit kam dem „Führer“ und dem System zugute.

Als „Stellvertreter des Führers“ übernahm Heß untergeordnete Repräsentationsaufgaben und wurde zur Beschwerdeinstanz für zahlreiche Bittsteller. Häufig kamen diese aus lebensreformerischen, aber auch homöopathischen und auch biologisch-dynamischen Kreisen, weil die persönlichen Neigungen zu gesunder, vegetarischer Lebensweise von Heß nicht unbekannt blieben. Für die Homöopathie setzte sich Heß auch öffentlich ein, als er im August 1937 die Eröffnungsrede bei einem Homöopathen-Kongreß hielt. Er rief dort klassische Medizin und Homöopathie zur „Aussöhnung“ auf, weil die „Krisis“ der modernen Medizin nur durch eine ganzheitliche, naturnahe Heilmethode überwunden werden könne (*Völkischer Beobachter*, 10.08.1937; *Demeter*, 8/1937). Heß selbst bevorzugte biologisch-dynamische Nahrung, auch wenn diese wie etwa zu einem Essen beim „Führer“ extra mitgebracht werden mußte (Speer, S.133). Wegen einer Gallenkrankheit nahm Heß homöopathische Medizin zu sich, die er auch bei seinem mißglückten „Friedensflug“ nach

England am 10. Mai 1941 überaus reichlich bei sich hatte.

In einem ersten und folgenreichen Kontakt mit der biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise kam Rudolf Heß vermutlich über seinen Nachbarn in Harlaching, Alwin Seyfert. Er war Anhänger biologisch-dynamischen Anbaus; als Gartenbauarchitekt wurde er u.a. für die gärtnerische Gestaltung der Reichsautobahnen zuständig (Seyfert, 1971; vgl. Leber/Leist, 1984, S.344; Klein, S.82). Veranlaßt durch Seyfert ließ Heß seinen eigenen Garten von dem biologisch-dynamischen Landwirt Dr. Erhard Bartsch anlegen. Bartsch hatte seit 1933 den Vorsitz im Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, zu deren Mitgliedern und Umfeld eine große Anzahl von Höfen gerechnet werden konnte.

Die biologisch-dynamische Bewegung, die chemiefrei wirtschaftete, wurde zu Beginn der dreißiger Jahre von der Kunstdüngerindustrie als ernsthafter Konkurrent angesehen und existenzgefährdend bekämpft (vgl. „Die anthroposophischen Zeitschriften“, S.409-423). Als nach der Machtergreifung Hitlers den biologisch-dynamischen Landwirten auf Betreiben der Kunstdüngerindustrie ein Reichsverbot drohte, wandten sie sich an Heß. Zu einer Unterredung geladen, sicherte Heß den Vertretern des Reichsverbandes - u.a. Erhard Bartsch - im Beisein von Reichsbauernführer Walter Darré (1895-1953) wegen ihrer „volksgesundheitlichen und agrarpolitischen Bedeutung“ Schutz vor polemischen Angriffen zu. Ein entsprechender Erlaß von Heß ist vom 22. Januar datiert („Soziale Arbeit“, 28.04.1934, Nr.15). Die Landwirte hatten in den folgenden Jahren eine Zeit ungestörten Aufbaus. Das Eingreifen von Heß dürfte Vertreter der Waldorfschulen ermutigt haben, sich bald ebenfalls an ihn zu wenden.

Im Zuge der Gleichschaltung des Erziehungswesens betrieb die nationalsozialistische Regierung Württembergs die Schließung der Waldorfschule Stuttgart. Ministerpräsident Mergenthaler verhängte am 10. Februar 1934 eine Aufnahmesperre für Schüler der 1. Klasse, „weil Unterricht und Erziehung der Waldorfschule den Grundsätzen des Nationalsozialismus nicht entsprechen“, und leitete damit die Schließung ein.

Die Maßnahme Stuttgarts konnte bei anderen Landesregierungen sehr schnell Nachahmung finden. Es stand nicht nur die Schule Stuttgart, sondern die ganze Schulbewegung auf dem Spiel: Die Schulen in Hamburg-Altona und Hamburg-Wandsbek, in Berlin, Hannover, Kassel, Breslau und Dresden mit etwa 2.800 Kindern, außerdem der überregionale Waldorfschulverein. Würde es nach einer Schließung je wieder möglich sein, die Schulbewegung in Zukunft aufzubauen? Am Willen von Eltern, Kindern und Lehrern, die Waldorfschulen mit allen ihnen möglichen Mitteln zu erhalten, konnte kein Zweifel bestehen.

In dieser Lage konnte die Waldorfschule einen Kreis von Sympathisanten, vielfach Eltern und Freunde der Schule, mobilisieren, die für die Schule auf unterschiedlichen Wegen eintraten (WS-Archiv 10, auch im folgenden). Da sich Verhandlungen mit Mergenthaler und dem württembergischen Kultusministerium rasch als zwecklos erwiesen, mußte der Schritt zu höheren Instanzen, zu Reichsministerien und Parteilisten unternommen werden. Dieser Aufgabe unterzog sich der bereits erkrankte beauftragte „Leiter des Bundes der Waldorfschulen“, Christoph Boy. Boy konnte als ehemaliger verwundeter Frontsoldat bei seinen Gesprächspartnern vermutlich noch

am ehesten Gehör finden (vgl. Husemann/Tautz, S.221-230).

Bei einer dritten Reise nach München, nach vielen Vorgesprächen bei untergeordneten Stellen, kann Boy endlich am 3. März zu Philipp Bouhler (1899-1945), einem engen Mitarbeiter von Heß (und späteren Chef der Kanzlei des Führers), vordringen. Boy stößt bei Bouhler auf ein gewisses Verständnis; ein Eingreifen der Parteizentrale lehnt Bouhler jedoch ab, weil diese nicht einfach die Entscheidungen einer Landesregierung annullieren könne. Die Bitte Boys, zu Heß selbst vorgelassen zu werden, wird wegen dessen Arbeitsüberlastung abgeschlagen. Boy war zu diesem Zeitpunkt bereits schwer erkrankt. In seinen Reisenotizen vermerkte er: „Trinke nichts als gekühlte Milch, muß aber von Zeit zu Zeit immer wieder erbrechen. Mein Zustand einfach deplorable“ (WS-Archiv 10, 28.02.1934).

Zur selben Zeit verhandelte der verantwortliche Vertreter der Schule in Hannover, René Maikowski, mit Berliner Reichsbehörden, doch auch diese Verhandlungen verliefen im Sande. Karl Ege, der dem Verwaltungsrat der Schule in Hannover angehörte, äußerte in einem vertraulichen Brief an Bartsch, wolle man die Schule „mit vielen Beulen und Wunden durchbringen“, müsse man notwendigerweise „zu diesen Stellen“, vor allem zum „Stellvertreter des Führers“ durchstoßen. Kontaktversuche zu anderen NS-Führern hatten sich allesamt als erfolglos erwiesen. Der zuständige Reichsinnenminister Wilhelm Frick (1877-1946) verhielt sich ablehnend, Reichserziehungsminister Bernhard Rust (1883-1945) abwartend. Alfred Rosenberg (1893-1946), der Beauftragte des Führers für die weltanschauliche Schulung der NSDAP, „lehnte Gespräche radikal ab und bekundete den Willen, alles zu tun, damit unsere Sache verschwinde“ (WS-Archiv 10, Bund der WS, 07.06.1934). Wie die Vertreter der Waldorfschulen eruiert hatten, beanspruchte Rosenberg politisch die Entscheidungskompetenz, um über die Waldorfschulen verfügen zu können (WS-Archiv 10, 07.06.1934).

Überraschend ergab sich in dieser bedrohlichen Situation im März 1934 eine Chance, über einen Mittelsmann Heß für die Sache zu interessieren. Dieser Kontakt war den stetigen Bemühungen von Ernst Riegel zu verdanken, der, vermutlich ein Anthroposoph, als Pädagoge im Münchner Kultusministerium unter Minister Schemm tätig war. Riegel stellte die Verbindung zu Max Hartmann, einem Sänger, her, der mit der Schwester von Frau Ilse Heß verlobt gewesen war und öfters ins Haus Heß eingeladen wurde. Hartmann wurde von Riegel genau unterrichtet und erhielt Schriftsätze zur Vorlage bei Heß, so die Denkschriften von Schwebsch und Uehli sowie Eingaben der Schulleitern. Am 19. März konnte Hartmann die Angelegenheit bei Heß vortragen. Heß war zuerst der Meinung, die Schule sei zu „weichlich“, schließlich habe ihn der „Fall Maikowski gewonnen“ (WS-Archiv 10, 19.03.1934). Auf die Frage, ob Heß noch die Zulassung der Kinder in die 1. Klasse bis Ostern einrenken könne, antwortete er: „Wenn die Auskunft der Gauleitung günstig ist, dann wird es mit einem Federstrich in Ordnung gebracht“ (WS-Archiv 10, Riegel an Boy, 20.03.1934). Hartmanns Vermittlung blieb auf diese Gelegenheit beschränkt.

Beim „Fall Maikowski“ handelte es sich um den ehemaligen Schüler der Waldorfschule Stuttgart, Hans Eberhard Maikowski, der auf Anraten seines Bruders René in den letzten Schuljahren die Waldorfschule Stuttgart besucht hatte, dann SA-Sturmführer geworden war und in der Nacht des 30. Januar 1933, dem Tag der Machtergrei-

fung, bei der Rückkehr vom historischen Fackelzug ermordet wurde. Eberhard Maikowski erhielt als „Märtyrer der Bewegung“ ein Staatsbegräbnis auf Anordnung Hitlers (Fest, 1987, S.616; Maikowski, S.143). In der Waldorfschule selbst wurde er allerdings nicht in den Rang eines pädagogischen Vorbilds erhoben. Paul Baumann, damaliger Leiter der Schule, führte in einer Unterredung mit Ministerpräsident Mergenthaler auch Namen ehemaliger Waldorfschüler, wie Eberhard Maikowski, die in den Ohren von Nationalsozialisten Klang hatten, ins Feld. Dieser entgegnete schroff: „Da kann man nur sagen, die Ausnahme bestätigt die Regel“ (WS-Archiv 10, 09.03.1934).

Nach der ersten Fühlungnahme mit Heß war die Sache der Waldorfschule erst einmal auf den Weg gebracht. Untere NS-Chargen befaßten sich aufmerksamer mit der Waldorfschule; diese konnte zwar noch nicht vor den Restriktionen Mergenthalers, aber doch vor einem völligen Verbot sicher sein. Eine zweite persönliche Fühlungnahme mit Heß, und soweit bekannt, auch die letzte von seiten der Waldorfschulen, kam nach Ostern 1934 wohl durch einen geplanten „Zufall“ zustande. Dr. Elisabeth Klein (1901-1983), die Mitbegründerin der Dresdner Schule, konnte - wohl vermittelt durch Erhard Bartsch - im Garten Alwin Seyferts mit dem Hobby-Gärtner Heß ins Gespräch kommen und ihr Anliegen vortragen (WS-Archiv 10). Sie fand dabei eine sehr „günstige Aufnahme“ (WS-Archiv 10, Baumann, 18.05.1934).

Frau Klein teilte Christoph Boy als dem Sprecher des Bundes der Waldorfschulen ihre aus eigener Initiative ergriffenen Schritte mit und legte die Motive ihres Vorgehens dar (WS-Archiv 10, 03.04.1934). Sie suche „aus einem inneren Impuls heraus“ Zugang zu führenden Personen, wobei sie „nie mit Akten und Schriftstücken, sondern von Mensch zu Mensch, durch das gesprochene Wort“ Verbindung herzustellen suche. Ihre Absicht sei keineswegs, die Pädagogik Steiners zu verflachen oder „Opportunitätspolitik“ zu treiben, aber man dürfe ja heute „an das Gegebene anknüpfen“.

So harmlos auch die Bekundung „an das Gegebene anknüpfen“ zu wollen, klang, so lag doch in der Akzentuierung eine Differenz zu der in der Denkschrift von Erich Schwebesch erklärten Absicht, nur soweit die „inneren Voraussetzungen“ dies zuließen, mit dem neuen Staat zu kooperieren. Schwebesch wurde dann fünf Jahre später, ab 1939, als Mitglied des Dresdner Lehrerkollegiums der direkte Gegenspieler von Frau Klein.

Frau Klein vermochte bald die Verbindung zu Heß auch über dessen Frau und über enge Mitarbeiter von Heß in der Parteizentrale systematisch zu erweitern und tragfähig zu machen. Am 16. Mai wurde auf Veranlassung des Stabes Heß die Entscheidung über die Waldorfschulen an Reichsminister Rust weitergeleitet und damit der Kompetenz von Landesregierungen - und auch der von Rosenberg - entzogen. Die Entscheidung über den Bestand der Waldorfschulen sollte im Rahmen des zu verabschiedenden Reichsgesetzes über Privatschulen gefällt werden (WS-Archiv 10, Bouhler vom 15.05.1934). Im Ministerium Rust wurden schließlich im Juni 1934 in Anwesenheit von Maikowski und Klein ein Ministererlaß an das württembergische Kultusministerium formuliert, in dem dieses angewiesen wurde, die 1. Klasse der Waldorfschule Stuttgart wiederzueröffnen (WS-Archiv 10, 07.06.1934). Minister Rust stimmte der Vorlage zu und ließ sie der Landesregierung

mitteilen (WS-Archiv 10, 09.07.1934), die jedoch den Erlaß zuerst einmal ignorierte.

Dieser kaum für möglich gehaltene Erfolg für die Erhaltung der Waldorfschulen bedeutete auch eine Vorentscheidung für die anstehende Wahl eines Leiters des Bundes der Waldorfschulen.

Der Bund der Waldorfschulen 1933-1936: Gründung, Tätigkeit, Konfliktlinien

Im Kooperationsorgan der Waldorfschulen, im 1933/34 errichteten Bund der Waldorfschulen, zeichneten sich zwei Konfliktlinien ab, die sich überlagerten. Der eine, zu diesem Zeitpunkt aber noch latente Konflikt betraf die Haltung der Waldorfschulen zum NS-Staat. Der zweite Konflikt resultierte aus der Krise der Anthroposophischen Gesellschaft nach Steiners Tod 1925. Sie wirkte in die Schulbewegung, vor allem in die Lehrerkollegien in den Jahren 1933-1935 besonders heftig ein.

Der „Bund der Waldorfschulen“ geht auf einen im Mai 1933 vereinbarten Zusammenschluß der neun deutschen Schulen zurück, der noch den Namen „Reichsbund der Waldorfschulen“ trug. Als Leitungsgremium fungierte eine in unregelmäßigen Abständen einberufene „Vertreterkonferenz“ der Schulen. Der „Reichsbund“, bei der Waldorfschule Stuttgart geführt, trat kaum in Erscheinung, er besaß nicht einmal einen Briefkopf. Bereits im Juli lautete der nunmehr gedruckte Briefkopf „Bund der Waldorfschulen“, eine stille Namensänderung, die eine sensible Wortwahl verrät.

Die zum 10. September 1933 in Stuttgart einberufene Vertreterkonferenz, die über das gemeinsame Verhalten gegenüber Gleichschaltungsmaßnahmen beriet, übertrug Christoph Boy die Aufgabe eines „Beauftragten des Bundes“; er sollte Vertretungsaufgaben aller Schulen wahrnehmen. Dafür wurde ein gemeinsamer Beitrag festgelegt und eine beim Waldorfschulverein geführte Kasse eingerichtet (WS-Archiv, 04.09./10.09.1934). Eine Neukonstituierung des Bundes erwies sich im Frühjahr 1934 als notwendig, zumal der erkrankte Christoph Boy um die Einsetzung eines aktionsfähigen Nachfolgers bat. Die Vertreterversammlung vom 6. Mai 1934 in Stuttgart einigte sich auf René Maikowski als neuen „Bundesleiter“ neben dem formell noch amtierenden Christoph Boy (1897-09.10.1934).

Die Bestellung von René Maikowski, des Bruders von Eberhard Maikowski, als Unterhändler bei NS-Behörden und bald darauf als Vertreter des Bundes der Waldorfschulen (Maikowski, S.140 f.) erfolgte durchaus aus pragmatischen Überlegungen (Leber/Leist, 1983, S.345), denn „Waldorfschulen“ und „Anthroposophen“ stießen bei NS-Behörden gewöhnlich auf Abwehr, die Nennung des Namens Maikowski hatte jedoch eine elektrisierende Wirkung und öffnete vorher verschlossene Türen (Klein, S.84; Maikowski, S.143).

Frau Klein wurde weiterhin aus eigener Initiative tätig und arbeitete - praktisch als Vertreterin der Bundesleitung - mit Maikowski zusammen. In der Bestellung Maikowskis zum alleinigen Bundesleiter und der Verlagerung des Bundes der Waldorfschulen nach Hannover drückte sich auch ein stark geschmälerter Einfluß der „Mutterschule“ aus, der in den Differenzen innerhalb der Schulbewegung begründet war, in welche die Krise der Anthroposophischen Gesellschaft nach Steiners Tod 1925